Britische Gewerkschaften ringen um Neuorientierung

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **75 (1983)**

Heft 12: **Arbeitszeitverkürzung**

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-355165

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Britische Gewerkschaften ringen um Neuorientierung

J. W. Brügel

Die Wahlniederlage der Labour Party, die Bestätigung der konservativen Regierung im Amt mit einer vergrösserten Mehrheit im Juni 1983 hat auch den Britischen Gewerkschaftsbund (TUC) schwer getroffen, der sich mehr als je zuvor mit dem Wahlprogramm Labours identifiziert und alle, die gewerkschaftlich organisiert sind, aufgefordert hatte, für dieses zu stimmen und damit einer neuen Labourregierung den Weg zu bahnen. Weniger als die Hälfte von ihnen sind, soweit feststellbar, dieser Parole gefolgt. Das hat dem Prestige des TUC empfindlich Abbruch getan. Dazu kam ein Rückgang der Zahl der gewerkschaftlich Organisierten, der in seinem Umfang nicht allein mit der Zahl von drei Millionen Arbeitslosen im Lande erklärt werden kann. In guten Jahren konnte der TUC 12 bis 13 Millionen Mitglieder aller angeschlossenen Verbände verzeichnen. Die letzten verfügbaren Statistiken mit dem Stichtag des 31. Dezember sprechen nur noch von 10,5 Millionen, und in der Zwischenzeit dürften weitere Verluste eingetreten sein. Alles das musste auf dem traditionell in der ersten Septemberwoche abgehaltenen und den Auftakt der politischen Herbstsaison bildenden Gewerkschaftskongress seinen Widerhall finden.

Grundlegende Änderung des Wahlvorgangs

Er begann mit dem letzten Akt einer mit grosser Erbitterung ausgetragenen Auseinandersetzung, die vor zwei Jahren begonnen hat und daher an sich mit der heutigen Situation des Wahlsieges einer gewerkschaftsfeindlichen Regierung nichts zu tun hat. Es ging um die von einer starken Minderheit mit allen Mitteln bekämpfte Reform des Wahlvorgangs für das leitende Organ, den Generalrat (Vorstand), und das Ergebnis ist die erste grössere Änderung im Gefüge des TUC seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Bisher hatte der ganze Kongress den Generalrat nach einem Schlüssel für Fachgruppen – jeder von ihnen war eine bestimmte Zahl von Sitzen vorbehalten – gewählt, was dazu führte, dass die grossen Verbände manueller Arbeiter die Szene beherrschten. Sie waren nicht nur selbst stark vertreten, wogegen an sich niemand etwas einwenden konnte, aber ohne die Stimme einiger von ihnen konnte auch kein Vertreter eines kleineren Verbandes, der einem grösseren politisch nicht zu Gesicht stand, in den Generalrat gewählt werden. Das führte nicht nur zu unerfreulichen Erscheinungen, die man im allgemeinen «Kuhhandel» nennt, aber auch zu einer mit der Stimmung der Mitgliedschaft nicht korrespondierenden Vorherrschaft des linken Flügels und einer dieser entsprechenden politischen Haltung, die den TUC in eine Sackgasse

brachte, aus der der Ausweg noch nicht gefunden werden konnte. Stein des Anstosses war der Umstand, dass der Transportarbeiterverband (1,7 Millionen Mitglieder) nacheinander zwei Vorkämpfer der britischen Mitgliederschaft im Gemeinsamen Markt aus rein politischen Erwägungen aus dem Generalrat beseitigen geholfen hatte. Daraufhin wurde am Kongress des Jahres 1981 gegen heftigen Widerstand eine Wahlreform durchgesetzt, die 1983 in Kraft treten sollte. Sie bestimmte, dass Verbände mit mindestens 100 000 Mitgliedern automatisch einen Sitz im Generalrat haben, von 500 000 an zwei usw. bis höchstens sechs. (Der Transportarbeiterverband hatte bisher sieben Sitze von 44 und jetzt sechs von einer auf 51 erhöhten Zahl der Generalratsmitglieder). Die 88 Verbände mit weniger als 100 000 Mitgliedern haben sich von nun an zusammen mit elf Sitzen zu begnügen, die durch Wahl zwischen ihnen bestellt werden, ohne dass die grossen Organisationen darauf einen Einfluss haben.
Die geschlagene Minderheit spielte erst mit dem Gedanken eines Exodus aus dem TUC und Gründung einer anderen Zentrale, entschloss sich aber dann, dem Kongress des Jahres 1982 die Aufhebung des Beschlusses vom Vorjahr vorzuschlagen. Dieser Antrag blieb in der Minderheit. Die Gegner der Reform versuchten am Kongress von 1983 allerhand Rückzugsgefechte mit dem Ziel, sie wieder abzuschaffen. Sie konnten aber eine Umbildung des Generalrates auf das neue System nicht verhindern. Das Ergebnis ist eine wesentliche Schwächung des Einflusses der bisher übervertretenen Linken und eine Stärkung der Stellung der – im Gegensatz zu den Verbänden der manuellen Arbeiter – vielfach nicht blockweise der Labour Party angeschlossenen Angestellten-, Lehrer- und Staatsbeamtenorganisationen.

Soll man mit der Regierung verhandeln?

Wenn auch der TUC in der Zukunft programmatische Beschlüsse der Labour Party nicht ohne weiteres übernehmen dürfte, bedeutet die wesentlich veränderte Zusammensetzung des Generalrates mit einer jetzt festen Mehrheit gemässigt denkender Funktionäre nicht, dass die traditionellen Bindungen zwischen Gewerkschaften und Labour Party gelokkert werden würden. Aber der Gewerkschaftskongress von 1983 hat gegen eine die Realitäten nicht sehen wollende Minderheit beschlossen, die durch das letzte Wahlergebnis geschaffenen Tatsachen – konservative Regierung für die nächsten fünf Jahre – anzuerkennen und die bisher ignorierte Einladung der Regierung Thatcher zu Gesprächen über die von ihr geplante Gewerkschaftsgesetzgebung anzunehmen. Von dem Grundsatz, mit der jeweiligen, wie immer zusammengesetzten Regierung des Landes zu verhandeln, war man im Vorjahr aus Empörung über gewerkschaftsfeindliche Absichten der Regierung abgegangen. Das war unter der Voraussetzung, dass Neuwahlen wieder die Labour Party an die Macht bringen würden, vertretbar. Aber das Wahlergebnis von 1983

zwang zu einer Revision dieses Standpunktes, was eine Minderheit am Kongress nicht einzusehen bereit war, die davon träumt, die Regierung Thatcher durch politische Streiks zu stürzen – diese Minderheit hatte freilich keine Antwort auf die Frage, ob gewerkschaftlich organisierte Menschen, die nicht bereit sind, bei Wahlen Margaret Thatcher und ihre Regierung durch eine Labourregierung zu ersetzen, bereit wären, zu diesem Zweck auf die Barrikaden zu steigen. Ob es durch Verhandlungen gelingen wird, gewerkschaftsfeindliche Absichten der Konservativen wenigstens zu mildern, steht auf einem anderen Blatt. Aber eine demokratisch gewählte Regierung ist eine Realität, mit der man nun einmal zu rechnen hat.

Was plant die Regierung Thatcher?

Ob sie es nun selbst glaubt oder nicht, möchte die Regierung Thatcher der Bevölkerung einreden, dass eine Handvoll von machttrunkenen Gewerkschaftsfunktionären ihre sich dagegen sträubende Mitgliedschaft in immer neue Streiks zwingt, so dass man die Gewerkschaften «demokratisieren» und «ihren Mitgliedern zurückgeben» müsse. Die Wirklichkeit ist ganz anders. Die Bergarbeiter zum Beispiel haben einen weit links stehenden Funktionär zum Präsidenten ihres Verbandes gewählt, einfach deswegen, weil er, von seinen Wortexzessen abgesehen, die in der Massenpresse Schlagzeilen machen, ein sehr tüchtiger Mensch ist. Doch im Laufe eines Jahres wurden drei seiner Aufforderungen zu einem Streik aller Bergarbeiter in der statutenmässig vorgesehenen Urabstimmung abgelehnt, und Bergarbeiter können nur in Streik treten, wenn mehr als 55 Prozent der Mitgliedschaft dafür sind. Als kürzlich zwei Gruben wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebs stillgelegt werden sollten, hat sogar die unmittelbar betroffene Belegschaft gegen einen Streik gestimmt.

Seit 1979 haben die Konservativen zwei Gesetze durchgebracht, die die angeblich allzu grosse Macht der Gewerkschaften eindämmen sollten. Sie waren vorsichtig formuliert und haben daher bisher nicht viel Schaden gestiftet. Jetzt will der Arbeitsminister Norman Tebbit einen Schritt weitergehen, wagt aber noch nicht, zu einem entscheidenden Schlag gegen die Gewerkschaften auszuholen. Gegen einige seiner Vorschläge lässt sich höchstens einwenden, dass sie sich nicht zu einer Durchführung in Form von Gesetzen eignen, um so mehr als in gewerkschaftlichen Statuten mehr an Demokratie verankert ist. Tebbit will zum Beispiel Streiks nicht an eine Urabstimmung binden, sondern das indirekt durchsetzen: Arbeitgeber sollen die Möglichkeit einer Schadenersatzklage haben, falls ohne Urabstimmung gestreikt werde. Das ist nichts aufregendes, könnte aber zur Vermehrung wilder Streiks führen.

Auch einem angekündigten Zwang zur demokratischen Wahl und Wiederwahl von Gewerkschaftsfunktionären kann man höchstens entgegenhalten, dass er, weil längst verwirklicht, überflüssig ist, und wo noch

nicht vorhanden, besser durch Verbandsbeschlüsse herbeigeführt werden kann. Manche Gewerkschaften bestimmen den Generalsekretär durch Urabstimmung, andere im Wege der Erneuerung durch den (gewählten) Vorstand. Die erstere Methode ist aber nicht unbedingt die demokratischere. Ihre Anwendung bei Organisationen mit vielen hunderttausend Mitgliedern würde zum Beispiel zu einer verhältnismässig geringen Beteiligung an der Abstimmung führen, weil nur ein kleiner Teil der Mitglieder die einzelnen Kandidaten gegeneinander abzuwägen vermag.

Des Pudels Kern ist aber die kollektive Mitgliedschaft der meisten Gewerkschaften bei der Labour Party, die seit 1913 gesetzlich zulässig ist. Im Augenblick will Tebbit hier nur die Neuerung einführen, dass darüber alle zehn Jahre neuerlich abgestimmt wird; die Konservativen versprechen sich davon, dass dann die eine oder andere Gewerkschaft sich von der Labour Party zurückziehen könnte. Darüber hinaus schlug Tebbit Verhandlungen mit dem TUC über die «Sicherung der Beschlussfreiheit der Mitglieder» vor. Gegenwärtig können jene Gewerkschaftsmitglieder, die nicht als solche der Labour Party geführt werden wollen, sich streichen lassen; sie zahlen dann den sogenannten «politischen Beitrag» nicht, der an die Partei geht. Da es sich im Einzelfall um eine nicht ins Gewicht fallende Summe handelt (etwa zwei Franken im Jahr), machen viele von ihrem Recht der Streichung («contracting-out» genannt) keinen Gebrauch, was der Labour Party zu Millionenbeträgen verhilft, ohne die sie schwer existieren könnte. Den betreffenden Gewerkschaften gibt es mit den so gewonnenen «Blockstimmen» grossen politischen Einfluss, der in den letzten Jahren noch dadurch gewachsen ist, dass den Gewerkschaften bei der Wahl des Führers der Labour Party und dessen Stellvertreter 40 Prozent der Stimmen zugebilligt wurden. Nach dem Zusammenbruch des Generalstreiks von 1926 haben die Konservativen die Bestimmung durchgesetzt, die «contracting-in» genannt wurde: Nur wer sich aktiv dazu meldet, wird als Blockmitglied der Labour Party geführt. Erst die Labourregierung Attlee hat 1946 den alten Zustand wiederhergestellt, dass als Mitglied der Labour Party gilt, wer sich nicht streichen liess. Darauf beruht die Tatsache, dass die – freilich nie einheitlich auftretenden – Gewerkschaften auf den Parteitagen Labours sechs Millionen Stimmen haben, die eigentlichen Parteiorganisationen jedoch nur etwa eine halbe Million. Um die politische Konkurrenz zu schädigen, möchte die Regierung Thatcher am liebsten zum Prinzip des «contracting-in» zurückkehren, fürchtet aber, dass dann in der Öffentlichkeit die Forderung erhoben werden wird, die Firmen und Aktiengesellschaften, die durch ihre Zuwendungen die Konservative Partei am organisatorischen Leben erhalten, sollten mit gleicher Offenheit, mit der es die Gewerkschaften tun, über ihr politisches Engagement Rechnung legen. Nun soll über dieses Problem zwischen Arbeitsminister Tebbit und dem Gewerkschaftsbund verhandelt werden. Es ist allerdings schwer vorzustellen, dass diese Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen.

Vorläufig kein Abrücken von der alten Politik

Hat sich der in Blackpool abgehaltene Kongress des Jahres 1983 entschlossen, von der bisherigen negativen Haltung zur Regierung des Landes abzugehen, vermochte er sich aber vorläufig nicht dazu aufzuschwingen, Positionen aufzugeben, die sich bei den letzten Wahlen als stumpfe Waffen erwiesen haben. Auch die Mehrheit der Gewerkschafter hat sich bei den Wahlen nicht für eine einseitige nukleare Abrüstung Grossbritanniens und für den Austritt des Landes aus dem Gemeinsamen Markt erwärmen können und wird es auch in Zukunft kaum tun. Beide Punkte des Programms der Labour Party hat der TUC unterstützt. Versuche auf dem diesjährigen Kongress davon vorsichtig abzurücken, haben keine Mehrheit gefunden. Desgleichen hat der TUC auch 1983 an der Forderung festgehalten, dass zwar die ganze Wirtschaft geplant werden müsse, dass es aber im Lohnsektor nur Vertragsfreiheit und keinerlei Planung geben dürfe.